

Protokoll der 3. StuPa-Sitzung am 25.09.2017

Redebeiträge sind gekürzt und nicht wörtlich wiedergegeben.



Anwesenheit:

StuPa-Mitglieder			AStA-Mitglieder
Die LINKE.SDS	Jessica Obst		Ana Gilbert
	Styliani Chachali		Sven Götzmann
	Katharina Schmidt		Tilman Kolbe
	Friederike Martin		Veronika Krotki
	Jan Sohre		Laura Ranglack
f.U.c.K. UP	Florian Rumprecht		Jessica Obst
BEAT	Janina Maier	<i>Nicht anwesend.</i>	Katharina Schmidt
	Leo Peters		Lukas Zechner
	Hanna Kaiser	<i>Nicht anwesend.</i>	
	Mascha Neumann	<i>Entschuldigt.</i>	
Grüner Campus	Luise Milsch		
	Sonja Bauer		
	Angelika von Pressentin		
	Leo Vermeulen		
RCDS	Vanessa Franke	<i>Entschuldigt.</i>	Gäste
Liberale HSG	Laura Löpelt		Anja Roefe
	Daniel Anders		Ella Schilling
	Matti Karstedt		Kay Roth
Juso HSG	Kilian Binder		Willi Stieger
	Asja Riggert	<i>Nicht anwesend.</i>	Till Scholta
	Anja Seegebrecht	<i>Nicht anwesend.</i>	Michal Luszczynski
	Erik Mau	<i>Entschuldigt.</i>	Konstantin Streich
UP.rising	Johannes Wolf	<i>Entschuldigt.</i>	Matthias Wernicke
	Sven Köhler		
	Wenzel Pünter		
	Freya Behrens		
	Katrin Klein		

Redeleitung: Katharina Schmidt, Redeliste: Wenzel Pünter, Protokoll: Sven Köhler

Sitzungsraum: 1.09.1.14 (Neues Palais)

Sitzungsbeginn: 19:15

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Katharina Schmidt: Schön, dass ihr alle da seid.

Katharina Schmidt: Es sind 17 Personen anwesend. Damit sind wir beschlussfähig.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung

Katharina Schmidt: Es ist noch kurz vor der Sitzung ein Initiativantrag für einen Projektvorschuss zur ConAction-Conference eingegangen.

Tilman Kolbe: Der Projektvorschuss für die ConAction-Conference benötigt keinen StuPa-Beschluss, das kann auch der AStA alleine machen.

Katharina Schmidt: Wir haben auch über den Projektvorschuss zum Improfestival nicht im AStA abgestimmt, da wir davon ausgegangen sind, dass das StuPa das beschließen muss. Ich würde vorschlagen, den Vorschussantrag für das Improfestival trotzdem zu behandeln.

Kilian Binder betritt die Sitzung.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Katharina Schmidt: Gibt es Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung?

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll.

Abstimmung zur Annahme des Protokolls: 10/0/8 - Angenommen

TOP 3: Wahl des Präsidiums

Katharina Schmidt: Didem ist aus dem Präsidium zurückgetreten. Aus diesem Grund wählen wir jetzt noch eine dritte Person.

Katharina Schmidt: Ich schlage Jan Sohre vor. Laut Satzung müssen im Präsidium Personen aus mindestens zwei Listen vertreten sein, das wäre dementsprechend gegeben. Wer sich Sorgen über den SDS-Überhang im Präsidium macht - ich werde zur nächsten Sitzung zurücktreten. Da wird also auch noch ein weiterer Platz frei.

Katharina Schmidt: Gibt es weitere Vorschläge?

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Katharina Schmidt: Damit steht Jan zur Abstimmung. Jan, möchtest du dich kurz vorstellen?

Jan Sohre: Ich gehöre dem SDS an und arbeite gegenwärtig noch für den AStA, höre aber zum 15.10. auf und stelle mich gerne zur Verfügung, um die Präsidiumsarbeit mit zu übernehmen. Gibt es Fragen?

Es gibt keine Fragen an Jan.

Katharina Schmidt: Dann kommen wir zur Wahl.

René Wolf stellt sich als Auszählhelfer zur Verfügung.

Wahl

Name	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
Jan Sohre	16	1	1

Jan nimmt die Wahl an.

TOP 4: Berichte

StuPa-Präsidium

Katharina Schmidt: Didem ist zurückgetreten, das Mandat wird entsprechend weitergegeben. Außerdem ist Marei Frener zurückgetreten.

AStA

Katharina Schmidt: Es gibt Ersti-Beutel für das Warm-Up, die beim AStA-Stand abgeholt werden können. Die Beutel sind mit „Diskriminierung kommt uns nicht in die Tüte“ beschriftet. Das StuPa hat das dieses Mal nicht beschlossen - daher der kurze Hinweis.

Katharina Schmidt: Gibt es weitere Hinweise aus dem AStA? Tilman Kolbe: Zur 51e-Klage: Die Zahlungen im Zeitraum von 2001 bis 2008 wurden vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt. Wir hatten hier einige MusterklägerInnen, die dagegen geklagt hatten. Die aktuelle Entwicklung ist hier, dass die brandenburgische Landesregierung beschlossen hat, das Geld nur für die MusterklägerInnen zurückzuerstatten. Schon aus dem Namen ist ersichtlich, dass es hier nicht um die Klage selbst, sondern um einen Präzedenzfall für die gesamte Studierendenschaft ging. Wenn das Bundesverfassungsgericht urteilt, dass diese Gebühr rechtswidrig ist, ist für uns klar, dass unzurecht Gelder erhoben wurden und diese an alle zurückerstattet werden sollten. Wir sehen das als Missachtung des Urteils und haben daraufhin eine Pressemitteilung mit der BrandStuVE und der GEW verfasst und haben außerdem Erstattungsanträge für Studenten erzeugt. Wir wollen durchsetzen, dass das Geld ausgezahlt wird. Wir werden auch weiterhin dagegen vorgehen, weil die Umsetzung des Urteils grundsätzlich wichtig ist und die Landesregierung bewusst einen Rechtsbruch vorsieht.

Ana Gilbert: Morgen kommt der Kooperationsvertrag mit der Antidiskriminierungsberatung Brandenburg und dem AStA zustande. Ab dem 1. Oktober können dann Betroffene von Rassismus und Antisemitismus den AStA um Rat fragen. Außerdem gibt es noch einen Veranstaltungshinweis der Antidiskriminierungsbetrachtung - und zwar findet morgen Abend die Veranstaltung „Daughters and Sons of Gastarbeiters“ statt. Der Begriff „Gastarbeiter“ ist hier natürlich gesellschaftlich geprägt und

steht für Menschen, deren Eltern so bezeichnet wurden. Es wird Lesungen und Filmausschnitte geben. Wenn ihr Lust habt, euch aus informierter, reflektiverer Betroffenheitsperspektive mit Rassismus in Deutschland auseinanderzusetzen ist morgen eine gute Gelegenheit.

Veronika Krotki: Als Geschlechterpolitikreferentin habe ich eine Anfrage vom Tagesspiegel bekommen, ein Interview zu geben, wo es um Heterosexismus, Transsexismus und Sexismus im universitäten Kontext geht. Ich werde mich morgen mit der Journalistin treffen und vielleicht wird dann bald das Interview veröffentlicht werden.

Es gibt keine weiteren Berichte.

VeFa

Katharina Schmidt: Gibt es irgendwelche Berichte aus der VeFa?

Sven Götzmann: Nein, die letzte VeFa war im August und seitdem gab es keine neuen Erkenntnisse.

weitere Berichte

Katharina Schmidt: Gibt es weitere Berichte?

Es gibt keine weiteren Berichte.

TOP 5: Gäste

Katharina Schmidt: Möchten die Gäste irgendetwas berichten?

Es gibt keine Beiträge von Gästen.

TOP 6: Anträge

Projektvorschüsse

Katharina Schmidt: Ich stelle einen GO-Antrag auf Behandlung und Blockabstimmung der Projektvorschüsse. Beide Anträge wurden bereits beschlossen. Gibt es dazu Gegenrede?

Es gab keine Gegenrede zur Behandlung. Es gab keine Gegenrede zur Blockabstimmung.

Katharina Schmidt: Gibt es Fragen oder Diskussionsbedarf vor der Abstimmung?

Sonja Bauer: Ich kann nur einen der beiden Anträge sehen.

Katharina Schmidt: Der letzte wurde per E-Mail verschickt. Ich kann die Summen noch einmal wiederholen: 3178€ für das Improfestival und 3500€ für den Empowerment-Kongress.

Katharina Schmidt: Wer stimmt dafür, die Projektvorschüsse zu bewilligen?

Abstimmung im Block: 15/0/3 - der Antrag wurde angenommen.

Ergänzung des Semesterticketvertrages

Katharina Schmidt: Dann kommen wir zum Beschluss der Ergänzung des Semesterticketvertrages. Vielleicht als Hinweis - wir sind jetzt 18 Mitglieder, der Antrag kann nur mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden (also 12 Mitglieder), also müssten alle anwesenden Personen zustimmen, damit der Vertrag angenommen wird.

Katharina Schmidt: Der Antrag ist initiativ eingegangen. Ich schlage die Behandlung vor. Gibt es dazu Gegenrede?

Es gibt keine Gegenrede zur Behandlung des Antrags.

Tilman Kolbe: Wir konnten ganz gut verhandeln. Es besteht ein Konsens darüber, dass es das Semesterticket geben soll. Der Leistungsumfang bleibt bestehen - es gilt weiterhin für Berlin ABC und Brandenburg. Es wäre gut, wenn wir hier eine Mehrheit bekommen könnten - sonst können die Änderungen unter Umständen nicht mehr fristgerecht umgesetzt werden.

Leo Peters: Es gab die Idee, bevor es in die Verhandlungen ging, ob die Fahrradmitnahme noch auf weitere Strecken ausgeweitet werden könne, beispielsweise auf die Ost-West-Achse in Berlin. Ist da etwas draus geworden?

Tilman Kolbe: Die Fahrradmitnahme bleibt so erhalten wie sie momentan geregelt ist, es beschränkt sich also auf die Bereiche Berlin ABC und Potsdam AB. Wir hatten für die Verhandlungen das Ziel, den Bereich auf ganz Brandenburg zu erweitern. Damit sind wir nicht durchgekommen und das aus verschiedenen Gründen: Zunächst würden die technischen Kapazitäten (RE1) nicht ausreichen. Die zweite Sache wäre, dass wir dann die einzige Hochschule in Brandenburg wären, die das hat - in dem Fall wäre dann davon auszugehen, dass das auch andere Hochschulen in Brandenburg fordern. In dem Fall hatte man dann Angst, dass der Bedarf viel zu groß werden würde. Ein wichtiger Faktor war auch, dass die Hochschulen gut zusammengearbeitet haben. Trotzdem gab es getrennte Verhandlungen, so ist etwa Wildau für ein deutlich schlechteres Angebot vorgeprescht - die waren in diesem Fall unter stärkerem Zugzwang. Uns ging es erst einmal um den Erhalt der bisherigen Struktur, da die Diskussion eher in die andere Richtung ging - die Fahrradmitnahme sollte also eher weggenommen werden. Es bestand eher die Angst, dass das Angebot weiter eingeschränkt werden würde.

Sven Köhler: Danke Tilman und vielen Dank auch an Lukas dafür, dass er die Verhandlungen geführt hat. Ich habe noch einmal in unsere geänderte Beitragsordnung hineingesehen und die Formulierung, die jetzt gerade abgesegnet ist ist: „Wir können für einzelne Semester bestätigen.“. Der Sinn, den wir da ursprünglich hatten war, dass wir die Urabstimmung zur Legitimation beibehalten wollen. Deshalb könnten wir jetzt darüber sprechen, die Urabstimmung für das Wintersemester zu bestätigen und dann eine Urabstimmung zum Ende des nächsten Sommersemesters 2018 für alles durchführen. Wir sollten den Vertrag also für das Wintersemester und das Sommersemester beschließen. Wir können das hier natürlich auch für jedes Semester einzeln beschließen und das in der Form interpretieren - es könnte

natürlich sein, dass das dem Dezernat 5 nicht so gefällt. Daher ist meine Frage: Für welche Semester sollen wir den Vertrag bestätigen?

Tilman Kolbe: Das wird so nicht funktionieren; wir haben jetzt einen Vertrag bis 2021. Wenn wir den Vertrag jetzt nicht abschließen, dann wäre auch der „Deal“ hin und vermutlich würden auch größere Erhöhungen auf uns zukommen. Als die Beitragsordnung besprochen wurde, habe ich das auch so angemerkt - aber die Semesterticketverträge werden für drei Jahre gemacht. Da haben wir auch drüber gesprochen - die Antwort die ich bekommen habe war: „Stelle einfach eine Tabelle mit den einzelnen Semestern auf und bestätige die dann einzeln“. Ich denke, dass ist das sinnvollste, was wir machen können.

Matthias Wernicke: Ich habe gerade noch einmal in die Beitragsordnung gesehen und würde gerne auf den Vertragswortlaut zurückkommen. Es bringt nichts, das jetzt zu bestätigen, wenn es dann in der Urabstimmung durchfällt. Nichtsdestotrotz stimme ich Sven zu: der Zweck der Regelung in der Beitragsordnung ist, auch explizit die einzelnen Semester zu bestätigen und das zum Normalfall zu machen. Außerdem gibt es noch eine zweite Komponente: es sollen Mobilisierungseffekte für die gesamte Studierendenschaft genutzt werden. Man muss das Risiko abwägen, aber ich glaube nicht, dass der Semesterticketvertrag nicht bestätigt wird. Ich finde es eher hilfreich, dass man solche Urabstimmungen macht, um klarzumachen, dass es die Studierendenschaft ist, die solche Verträge aushandelt. Die wenigsten Studis verstehen, dass diese Verhandlungen von dem AStA und nicht von der Universität geführt werden. In dem Sinne ist das ein politisches Zeichen.

Tilman Kolbe: Das sehe ich ganz genau so - es ist viel sinnvoller, dass die Studenten darüber bestimmen. Aber wir haben uns ja damals genötigt gefühlt, die Beitragsordnung zu ändern, weil es nicht möglich war, eine Urabstimmung rechtzeitig abzuhalten. Es würden zudem Kosten von in etwa 2000€ anfallen, um diese Urabstimmung separat von den StuPa-Wahlen durchzuführen. Ende Juli waren die StuPa-Wahlen und zu dem Zeitpunkt waren die Verhandlungen noch nicht weit genug fortgeschritten. Wir sind in dieser Zwangslage, in der zeitliche Grenzen gesetzt sind - schließlich müssen wir das bis Anfang September an das Studiensekretariat melden, damit die die neuen Beiträge berechnen und das Anfang November veröffentlichen können. Die Urabstimmung ist wegen der Mobilisierungs- und Legitimierungseffekten viel sinnvoller.

Matthias Wernicke: Ich rede nicht davon eine separate Urabstimmung zu machen, sondern davon, eine Urabstimmung parallel zu den StuPa-Wahlen zu machen.

Tilman Kolbe: Aber wie sollen wir dann einen Vertrag bis 2021 beschließen?

Matthias Wernicke: Den schließt man dann für das kommende Sommer- und vielleicht auch für das kommende Wintersemester ab und dann findet die Urabstimmung statt, die den für die restliche Zeit bestätigt. Das war auch die Intention der Beitragsordnung.

Daniel Anders: Ich weiß aber nicht, ob sich die VBB darauf einlassen würde.

Tilman Kolbe: Es gibt ja auch die Möglichkeit der außerordentlichen Kündigung nach §8 (2), wenn die Urabstimmung abgelehnt wird.

Sven Köhler: Ich glaube die Lösung ist die folgende: durch das Hochschulgesetz und die Beitragsordnung haben wir jetzt die Möglichkeit den Vertrag zunächst nur zu beschließen und dann - wenn die Studierendenschaft aus irgendeinem Grund den Vertrag ablehnt - den wieder zu kündigen. Wir können uns ja schlecht gegen die übergeordnete Rechtskraft stellen und uns über die in den Ordnungen geregelten Befugnisse hinwegsetzen. Wir sollten meiner Meinung nach den Vertrag jetzt beschließen und dann trotzdem eine Urabstimmung zur nächsten Wahl machen und da den restlichen Teil des Vertrages bestätigen lassen. Das ist der uns durch die Ordnungen erlaubte Weg. Wenn das an der Stelle schief gehen sollte, dann hat der VBB das zu verstehen. Unser Mandat reicht halt nur bis dahin. Ich kann das als Laie natürlich schlecht einschätzen. Daniel Anders: Ich denke, dass die Lage etwas anders aussieht - das Angebot liegt für drei Jahre vor und wir können nicht für ein Jahr zustimmen und danach den Vertrag widerrufen und denken, darauf lassen die sich ein. Das werden sie nicht tun - Urabstimmung hin oder her.

Sven Köhler: Wir wollen denen ja zustimmen - wir dürfen es halt nur für ein Jahr.

Daniel Anders: Dann wird es halt nur dieses Angebot nicht mehr geben.

Tilman Kolbe: Wenn ich das richtig verstanden habe, bedeutet das, dass wir diesen Vertrag mit der Änderung beschließen beschließen - dann bleibt der Vertrag mit der außerordentlichen Kündigung erhalten und der VBB müsste sich damit arrangieren, wenn die Studierendenschaft nein sagt. Dann würde sich der Vertrag nach den in ihm enthaltenen Regelungen auflösen.

Sven Köhler: Wir versuchen also, den jetzt so lange wie möglich zu beschließen und führen dann eine Urabstimmung durch.

Katharina Schmidt: Ich habe als AStA-Mitglied mitbekommen, wie sich auf die Verhandlungen vorbereitet wurde und ich habe den Eindruck, dass sehr gut vorbereitet und gut vernetzt in die Verhandlungen gegangen wurde. Ich möchte alle dazu ermutigen, für den Vertrag zu stimmen.

Sven Köhler: *Ich stelle ein Änderungsantrag, sodass die Formulierung dahingehend ergänzt wird, dass der Vertrag für die Sommersemester 2018, Wintersemester 2018/19, Sommersemester 2019, Wintersemester 2019/20, Sommersemester 2020, Wintersemester 2020/21 bestätigt wird.*

Sven Köhler: *Ich stelle einen zweiten Änderungsantrag: Des weiteren sollte explizit zur nächsten StuPa-Wahl eine Urabstimmung abgehalten werden.*

Tilman Kolbe: Ich übernehme den ersten Änderungsantrag, beim zweiten würde ich mir eine Formulierung wünschen. Jan Sohre: „Darüber hinaus soll zu den nächsten Gremienwahlen der Universität Potsdam der Semesterticketvertrag durch eine Urabstimmung der gesamten Studierendenschaft bestätigt werden.“

Tilman Kolbe: Ich übernehme auch den zweiten Änderungsantrag.

Katharina Schmidt: Sollen wir das noch einmal wiederholen?

Sven Köhler: Dann wiederhole ich noch einmal alles und erinnere daran, dass wir für diesen Beschluss nach §6.1 eine 2/3-Mehrheit benötigen: „Das Studierendenparlament möge den vorliegenden Ergänzungsvertrag zur weiteren Ausgestaltung des Semesterticketvertrags nach §6 (1) der Beitragsordnung

für die Semester Sommersemester 2018, Wintersemester 2018/19, Sommersemester 2019, Wintersemester 2019/20, Sommersemester 2020, Wintersemester 2020/21 beschließen. Darüber hinaus soll zur nächsten Wahl des Studierendenparlaments eine Urabstimmung stattfinden, bei der die Studierendenschaft darum gebeten wird, diesen Vertrag zu bestätigen, entsprechend §6 (1) der Beitragsordnung.“

Leo Peters: Ich schlage vor, ein Stimmungsbild einzuholen, sodass wir notfalls nicht ohne Vertrag da stehen. *Breite Zustimmung zum Antrag.*

Katharina Schmidt: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung: 18/0/0 - mit 2/3-Mehrheit angenommen

TOP 5: Gäste

Katharina Schmidt: In der Zwischenzeit sind weitere Gäste angekommen - ich schlage vor, dass wir deren Anliegen erst einmal vorziehen.

Sven Köhler: Kannst du dich kurz vorstellen?

Konstantin Streich: Hallo, ich bin Konstantin Streich und ich bin Rechtsanwalt. Ich mache im Auftrag des AStA die wöchentliche Mietrechtsberatung im KuZe. Ich habe es mir zur Gewohnheit gemacht, immer am Anfang des neuen Semester die Statistik für das vergangene Semester vorzustellen. Ich würde das gerne etwas erweitern, da die Frequentierung zugenommen hat und ich deshalb auch in Anbetracht der rauen Haushaltslage darum bitten möchte, über eine Erhöhung der Finanzierung zu sprechen.

Katharina Schmidt: Wir haben zur Zeit durch die AStA-Wahl einen sehr straffen Zeitplan, ich bitte darum, das möglichst kurz zu machen.

Konstantin Streich: Dem komme ich gerne nach. Behaltet die Statistik bitte für die Haushaltsdiskussion im Hinterkopf. Zum Überblick: es gab 127 Beratungen an 22 Beratungstage. Das Beratungsangebot wird auf einer Skala von 1 bis 10 mit 9,85 immer als sehr gut bewertet. Im Vergleich zu den 1,5 Jahren seit Dezember 2015, wo zum ersten Mal eine entsprechende Statistik erhoben wurde, sind die Anzahlen von 3,5 auf 5,7 Beratungen pro Tag angestiegen. Ursprünglich waren 1,5h pro Beratung und noch ein bisschen Zeit für den E-Mail-Kontakt geplant, aktuell bin ich bei 2,5 Stunden. Der Zeitbedarf bei den Beratungen ist stark angestiegen. Ich komme hin und es stehen Leute in der Schlage. Es gibt bei mir zur Zeit keine Leerlaufzeiten. Aktuell bekomme ich 2500€ pro Semester also 5000€ pro Haushaltsjahr und im Vergleich zur Sozialberatung, die früher 10h und deutlich weniger Beratungszeit hatte und dafür 8000€ bekommt, relativ wenig. Ich würde mich freuen, wenn im neuen Haushalt, vielleicht auch schon im Oktober, auf 3000€ komme. Mit 500€ mehr bin ich immer noch deutlich unter der ursprünglichen Sozialberatung. Mir ist eine Sache aufgefallen - vielleicht so als Anregung: es gibt auch noch andere Hochschulen. In der Statistik tauchen 18 Leute auf, die von anderen Hochschulen kamen. Es waren vielfach Menschen von der Filmuni. Vielleicht bekommt ihr da ja einen Kooperationsvertrag hin - sodass auch diese Personen zur Mietrechtsberatung kommen und sich da im Gegenzug finanziell beteiligen.

Es spricht sich langsam rum, dass es dieses Angebot gibt und ich glaube die wären froh, wenn auch diese Studierende das Angebot nutzen könnten. Gerade in Potsdam gibt es immer wieder Probleme mit WGs und Vermietern, die ihre Mietverträge unschreiben wollen und dann 250€ zusätzlich fällig werden. Da gibt es immer wieder Probleme.

Leo Peters: Danke, dass du das machst. Das ist glaube ich eine der akut wichtigsten Beratungsangebote, die die Studierendenschaft hat.

Angelika von Pressentin: Ich war persönlich schon in der Beratung bei Konstantin. Die Umstellung von den Gutscheinen hat den Vorteil, dass dann auch Berliner beraten werden konnten, gerade im Bezug auf immer steigende Mieten in Potsdam. Ich kann bestätigen, was vorhin beschrieben wurde - das Angebot wird genutzt. Das Beratungsangebot ist wirklich wichtig. Kilian: Berätst du die von der Filmuni schon?

Konstantin Streich: Ich mache es wie alle anderen Beratungsangebote - da ich mir die Studierenden ausweise nicht zeigen lasse oder WGs gemischt sind, sind auch die anderen Unis dabei. Ein paar Mal tauchte bis jetzt die HU oder TU Berlin auf, das ist aber eher die Ausnahme. Es gab 10-12 Beratungen mit Studierenden der Filmuniversität. Ich berate die dann trotzdem und die Evaluation gibt es ja erst im Nachhinein. Bisher war es nicht der Wunsch des StuPas, mir die Ausweise zeigen zu lassen, aber es könnte mir natürlich aufgetragen werden, nur noch Studierende der Universität Potsdam zu beraten.

Ana Gilbert: Wenn die Fälle von Rassismus oder Diskriminierung auffallen - die Diskriminierungsberatung hat letztes ein Heft zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt veröffentlicht. Das betrifft natürlich auch Studierende, die Probleme an dich herantragen. Hier nur die Bitte: wenn du von Fällen hörst, da in Kontakt zu treten. Wir haben ab dem kommenden Semester die Antidiskriminierungsberatung auch mit im AStA. Tretet bitte in Kontakt, das ist gerade für Studenten mit Migrationshintergrund wichtig.

Konstantin Streich: Ich habe bis jetzt nur ein paar Studenten mit Erasmus auf Englisch beraten, aber auch da spürt man schon die Sprachbarrieren. Ich würde dir meine Karte geben und dich bitten, mir eine E-Mail zu schreiben, damit wir das weiter diskutieren können.

Ana Gilbert: Ich gebe die dann direkt an die Diskriminierungsberatung weiter.

Matthias Wernicke: Ich möchte die Auslastung bestätigen, das sehe ich oft im KuZe. Außerdem möchte ich noch einen praktischen Hinweis geben: Ich finde die Kooperation mit der Filmuniversität gut. Da der Haushalt angespannt ist, könnten wir hier tatsächlich ein bisschen Geld finden. Letztes Semester haben wir die Jobberatung mit dem DGB aufgehoben und damit ein bisschen Geld freigeschafelt. Selbst wenn wir einen Anschlussvertrag mit 1000€ mehr im Jahr machen, dann haben wir da aufgrund dieser Änderung etwas Geld frei.

Keine weiteren Meldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 7: Initiativantrag zur Jobberatung

Sven Götzmann: Die Evaluation hat ergeben, dass die 3 oder 6 Stunden in der Woche nicht notwendig sind. Aufgrund der Haushaltspolitik hat der AStA das in Frage gestellt und deswegen wurde im StuPa auch die Kündigung besprochen. Gestern wurde dann ein neuer Kooperationsvertrag erstellt, der die folgenden wesentlichen Punkte enthält:

1. Eine Kürzung der Beratungszeit - diese wird vollständig vom DGB getragen.
2. Der AStA beteiligt sich an den Mehrkosten für Veranstaltungen wie Campustouren oder zusätzliche Workshops.
3. Die GEW und der LAS sind jetzt offiziell nicht mehr Teil des Vertrags.
4. Es gibt jetzt regelmäßige Steuerungstreffen.

Der AStA sollte im Vorhinein wissen, wofür das Geld ausgegeben wird. Bisher gab es nur einen Haushaltstopf und es konnte abgerechnet werden, was sie wollten - das waren meist Überstunden, was wir nicht so gut fanden. Die GEW und der LAS hatten sich in der Vergangenheit häufig nicht an der Beratung beteiligt, daher besteht der Vertrag jetzt nur noch zwischen dem DGB und der Studierendenschaft. Das sollte auch die Abstimmung erleichtern. Die Steuerungstreffen finden mindestens zwei Mal im Jahr statt und sollen der Evaluation dienen und außerdem auch strukturelle Veränderungen ermöglichen. Es gibt jetzt auch direkte Ansprechpartner für den AStA - in den letzten Jahren gab es da Zuständigkeitsprobleme.

Matthias Wernicke: Vielen Dank für diese Initiative, denn: die Beratung ist wichtig und muss stattfinden. Aber, ich muss euch leider sagen: ihr habt einen neuen Vertrag und im Kuze war vier Wochen lang niemand da. Was ich mir eigentlich wünsche ist, dass es nicht nur einen neuen Vertrag gibt, sondern auch einen Modus, sodass die Studierenden wieder einen neuen Ansprechpartner bekommen, schließlich ist das Durchführen von Beratungen wichtig. Außerdem möchte ich noch ergänzen, dass die 2500€ für zusätzliche Angebote, wie eben beschrieben, im Vertrag anders beschrieben wird: „Darin inbegriffen sind [. . .]. Es gilt eine Pauschale von 100€ pro Person und Veranstaltung“. Diese Regelung finde ich nicht praktikabel: wenn jemand eine Veranstaltung organisiert und ausrichtet, ist gerade das etwas was viel länger dauert. Hier eine Pauschale von 100€ anzusetzen ist kontraproduktiv, wenn gute Veranstaltungen angeboten werden sollen. Ich befürchte, dass diese Regelung dazu führt, dass zusätzliche Stunden abgerechnet werden, ohne dass eine Beratung stattfindet. Außerdem gilt das ja auch für die Intervisionsstunden. Ich habe mich damals bemüht eine Intervisionsstunde in die Wege zu leiten, als ich für den AStA gearbeitet habe, aber in den letzten Jahren hat da keine einzige stattgefunden.

Ana Gilbert: Wir haben mindestens 3 Evaluationsgespräche mit Mitarbeitern geführt und alle haben von der Intervention gesprochen. Wir halten es auch für wichtig, dass Intervention mit finanziert wird, speziell auch für die anderen Angebote. Für uns geht das Vertrauen über die MitarbeiterIn und gegen Kontroll-/Sanktionsmechanismen. Die Verantwortung in der Position wird immer wieder eingefordert, gleichzeitig soll mehr Selbstorganisation und Selbstbestimmung gefördert werden. Ich finde es auch nicht einfach mit der Information umzugehen, dass die Berater während der Zeit nicht anwesend gewesen sein sollen. Aktuell ist uns bewusst, dass das Angebot nicht regelmäßig stattfindet. Wir wissen,

dass es da unterschiedliche Gründe gibt und wir möchten, dass - wenn es eine Abwesenheit gibt - diese online oder mit einem Zettel am Büro bekannt gegeben wird. Gerade die Jobberatung hat immer wieder formuliert, dass sie sich so ein bisschen außen vor sieht, im Vergleich zu den anderen AStA-Mitarbeitern im KuZe.

Zwischenruf Sven Köhler: Aus meiner Sicht ist das eine AStA-interne Diskussion, die hier nicht geführt werden sollte.

Zwischenruf Matthias Wernicke: Mich hat da wohl mein Gerechtigkeitsgefühl getrieben.

Sonja Bauer: Habt ihr als AStA das Gefühl, dass sich a) die Kommunikation mit den Vertragspartnern verbessert hat und b) die Beratungen jetzt und künftig stattfinden werden.

Sven Götzmann: Die Möglichkeiten sind jetzt gegeben - man muss dazu sagen, dass die Ansprechperson beim DGB wechseln wird und daher wir voraussichtlich einen neuen Ansprechpartner bekommen werden. Aktuell gibt es einen festen Begleiter für die Vertragsverhandlungen. Wir werden da mehr eingebunden werden. Wenn sich die Einschätzung von Matthias bewahrheitet, müssen wir mit dem DGB sprechen, damit die mit ihren Angestellten sprechen können. Dazu sollen auch die Steuerungskreise dienen.

Tilman Kolbe: Wir haben zunächst zwei Steuerungstreffen festgelegt, die Ende Mai und Ende November stattfinden sollen. Es soll einen Austausch durch feste Ansprechpersonen zwischen AStA und DGB geben.

Angelika von Pressentin: Es gibt die Möglichkeit, die Gespräche ähnlich wie bei der Mietrechtsberatung zu evaluieren. Außerdem kann jährlich gekündigt und auch damit gedroht werden, wenn die Beratung nicht stattfindet.

Sven Götzmann: Es gibt ein interessantes Evaluationstool des DGB - der aktuelle Bericht wird uns noch übersendet werden. Das soll auch im November schon zur Sprache kommen. Die Bedenken hatten wir auch, da die alten Evaluationsbögen nicht aussagekräftig waren.

Katharina Schmidt: Wer stimmt für den Kooperationsvertrag mit dem DGB?

Abstimmung: 12/0/6 - Angenommen

TOP 8: Wahl des AStA

Katharina Schmidt: Alexander Lipp hat seinen Antrag zum Referat FSR-Vernetzung zurückgezogen. Damit kommen wir zur Vorstellung der BewerberInnen.

Vorstellung

1. Laura Ranglack

Laura Ranglack: Die meisten kennen mich schon, ich habe im letzten Jahr die Referate für Kultur und das KuZe bekleidet. Ich bewerbe mich jetzt nur noch für das KuZe, da sich gezeigt hat, dass beides zusammen ganz schön viel Arbeit bedeutet. Gerade im letzten Jahr hat sich das KuZe in einem Umstrukturierungsprozess befunden, den ich auch mitgestalten wollte und habe deswegen das Gefühl relativ gute Einblicke in die Struktur und die Vision des KuZes zu haben. Daher würde ich gerne mit den geplanten Projekten weiterarbeiten. Ich fühle mich zusammen mit der neuen Projektkoordinatorin und Veranstaltungsmanagerin gut aufgestellt. Es gibt viele Idee für Inhalte in der nächsten Wahlperiode. Gibt es Fragen?

Vincent Heßelmann: Ich darf davon ausgehen, dass du mit den Leuten im KuZe Rücksprache gehalten hast und die das auch in Ordnung finden?

Laura Ranglack: Ich sehe nur Matthias nicken. Ich fände Kontinuität besser als die bisherige Berg-und-Tal-Fahrt.

Keine weiteren Nachfragen.

2. Veronika Krotki

Veronika Krotki: Ich bin Veronika und war im letzten Jahr AStA-Referentin für Geschlechterpolitik und habe in dem Rahmen einen feministischen Antifakongress in Potsdam und eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Antifeminismus von Rechts“ zusammen mit dem feministischen Archiv in Potsdam organisiert. Diese Wahl möchte ich mich als AntiFa-Referentin aufstellen lassen, weil ich bei der Arbeit zu „Antifeminismus von Rechts“ gemerkt habe, dass das auch eine Schwerpunktsetzung in antifaschistischer Arbeit ist. Da habe ich auch viele Kontakte in Berlin und Potsdam. Kronkete Ziele in der Zeit sind z.B. die AFD auf dem Campus im Auge zu behalten, es gibt eine neue Identitätengruppe in Potsdam - da macht es auch Sinn, die zu beobachten. Außerdem würde ich gerne ein Zeitzeugengespräch organisieren.

Vincent Heßelmann: Ich finde, dass Vero für den 20. AStA eine große Bereicherung dargestellt hat - sowohl auf operativer Ebene als auch insbesondere in der politischen Festigkeit, die sie gegeben hat und ich glaube, dass es ein großer Zugewinn wäre, wenn sie uns auch im kommenden AStA begleitet.

Keine weiteren Nachfragen.

3. Kay Roth

Kay Roth: Ich bin Kay und war bis jetzt noch in keinem AStA. Ich studiere Jura und bewerbe mich für das Antirassismus-Referat. Ich habe dazu schon mit Vero über gemeinsame Projekte gesprochen - beispielsweise Gedenkfahrten zur inhaltlichen Auseinandersetzung in der Gruppe. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass es die Antidiskriminierungsstelle schon gibt. Da das nicht der Fall ist, wäre das auch ein Arbeitsfeld.

Es gibt keine Nachfragen.

4. Anja Roefe

Anja Roefe: Hallo, ich bin Anja und würde gerne das Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen. Ich habe schon im Fachschaftsrat Germanistik mitgewirkt und habe da auch schon Erfahrungen in der Studierendenberatung gesammelt und habe auch im Koordinationsbüro für Chancengleichheit gearbeitet und habe daher Erfahrung im Organisieren von Veranstaltungen, welche ich auch in das Referat mit einfließen lassen möchte. Ansonsten würde ich eine enge Zusammenarbeit mit den Referaten Geschlechterpolitik und Antirassismus anstreben. Das gilt aber natürlich auch für die anderen Referate.

Es gibt keine Nachfragen.

5. Ella Schilling

Ella Schilling: Ich heiße Ella und bewerbe mich auf das Referat Kultur. Ich habe im letzten Jahr ein Filmfestival zu Hip-Hop und sozialer Gerechtigkeit organisiert und ich war auch mit ein paar anderen Studenten an Organisationen zum Weltfrauentag beteiligt. Wir haben uns auch mit Frauen und Sexismus im Rap beschäftigt und ich glaube, dass - jetzt auch durch den Anlass der Wahlen - sehr viel Potential besteht, politische und kulturelle Veranstaltungen zu vereinen. Ich studiere an der Uni Kulturwissenschaften.

Vincent Heßelmann: Könntest du dir vorstellen, das Referat auch mit anderen gemeinsam zu übernehmen?

Ella Schilling: Ja.

Sonja Bauer: Hast du schon bestimmte Idee, was du für Kulturveranstaltungen machen möchtest? Möchtest du eher ein großes Sommerfest machen oder kleinere Veranstaltungsreihen?

Ella Schilling: Ich finde, dass „Purple over night“ eine sehr interessante Veranstaltungsreihe ist und würde die auch gerne wieder machen. Das Campusfest finde ich cool, weiß aber nicht, ob das für mich etwas hochgegriffen ist, da dafür sehr viel Organisation nötig ist. Dazu würde ich mich mit den früheren Referenten von vor drei Jahren kurzschließen.

6. Willi Stieger

Willi Stieger: Ich bin Willi und studiere interdisziplinäre Russlandstudien und bewerbe mich für das Sozialreferat. Warum das Sozialreferat? Ich habe einen schwerbehinderten Bruder und habe in meiner Heimatstadt schon viel für die Barrierefreiheit erreicht. Außerdem habe ich bei meinem Auslandsjahr in Lettland politisch gearbeitet und soziale Projekte zur Inklusion gefördert. Das würde ich gerne mit an die Uni bringen und mich damit ins Sozialreferat einbringen. Ein paar Pläne habe ich schon - als erstes Thema die Inklusion, da möchte ich beim Thema Barrierefreiheit ansetzen. Ein Beispiel dafür ist die Cafeteria am Neuen Palais. Es geht darum, die Menschen im Dialog zusammenzubringen: Wo können wir weitermachen? Es gibt viele Punkte wo wir ansetzen können. Warum möchte ich in den AStA? Ich

bin in der JuSo-Hochschulgruppe und habe den Eindruck, dass man da immer wieder an Grenzen stößt, mit einem AStA-Mandat erreicht man da mehr und einen besseren Zugang zu Informationen.

Sonja Bauer: Das klingt total cool. Es werden vermutlich auch noch andere Aufgaben und Erwartungen an dich herangetragen werden, wie die Kooperationen und Beratungsangebote, die in dein Referat fallen würden. Die müssen koordiniert werden, dazu müssen auch Gesprächsrunden einberufen werden - das fällt klassischerweise ins Sozialreferat. Kannst du dir vorstellen, das zu übernehmen?

Willi Stieger: Na klar, ich bin ja auch hier um neue Erfahrungen zu sammeln und mich einzuarbeiten.

Ana Gilbert: Es gab in diesem Jahr ja auch eine starke „Stadt für alle“-Bewegung die sich auch mit Fragen zum studentischen Freiraum beschäftigt hat. Hast du da eine Vorstellung zur Kooperation?

Willi Stieger: Ich wohne erst seit einem Jahr in Potsdam und habe daher noch nicht so viel Wissen darüber, bin aber gerne bereit, mich damit stärker zu beschäftigen.

7. Till Scholta

Till Scholta: Hallo, ich bin Till, 20 Jahre alt und studiere VWL im 5. Semester. Ich bewerbe mich als Finanzreferent. Ich hatte das Glück, mich schon mit ein paar Leuten kurzzuschließen und weiß daher, was mich in nächsten Jahr erwartet. Ich möchte mich den Herausforderungen stellen, da ich a) als Volkswirt Freude an haushaltspolitischen Entscheidungen und b) als Betriebswirt die theoretischen Kenntnisse in der Buchführung, zum Haushaltsabschluss und in der Bilanzierung um damit die Mitarbeiter zu unterstützen.

Wenzel Pünter: Bist du Mitglied in irgendwelchen politischen Vereinigungen?

Till Scholta: Ich bin Sprecher der Juso-Hochschulgruppe und Mitglied der SPD.

Ana Gilbert: Siehst du auch einen politischen Auftrag im Finanzreferat?

Till Scholta: In erster Linie möchte ich mich der Verwaltungsarbeit stellen und bin natürlich auch bereit, die anderen Referate zu unterstützen.

8. Michal Luszczynski

Michal Luszczynski: Hallo, ich bin Micha und studiere Slavistik und Germanistik im 11. Semester.

Applaus der Listen Grüner Campus und Beat.

Michal Luszczynski: Ich bewerbe mich für das Referat Kultur. Vorher hatte ich mich für Sozialpolitik und Kultur beworben, aber ich denke, Willi macht das ganz gut, also bleibt Kultur übrig. Seit einem Jahr engagiere ich mich im Fachschaftsrat Slavistik, da habe ich verschiedene Kulturveranstaltungen organisiert, etwa den polnischen Filmabend, Tagungen und Lesungen. Da habe ich einige Erfahrungen gesammelt und würde mich freuen, wenn ich gewählt werde.

Vincent Heßelmann: Kannst auch du dir vorstellen, in dem Referat mit einer anderen Person zusammenzuarbeiten? Michal Luszczynski: Auf jeden Fall.

Ana Gilbert: Siehst du Zusammenhänge zwischen Kultur und Rassismus?

Michal Luszczynski: Die gibt es bestimmt und man kann bestimmt auch mit Kultur dagegen wirken.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Die Fraktionen BEAT! und Grüner Campus stellen einen GO-Antrag auf Fraktionspause.

20:57 Uhr: Die Sitzung wird fortgesetzt.

Struktur

Die Liste BEAT! schlägt die folgende Struktur vor:

Referatsname	Personen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	1
Geschlechterpolitik	1
Antifaschismus	2
Kultur	2
Finanzen	1
KuZe	1
Sozialpolitik	1
Internationales	1
Umwelt und Verkehr	1
Antirassismus	2
Campuspolitik	1
Hochschulpolitik	1

Ein RCDS-Mitglied verlässt die Sitzung.

Kilian Binder: Was ist der Unterschied zwischen Antifaschismus und Antirassismus? Und warum braucht man dafür 4 Leute? Ich weiß, das ist ein großes Problem, es sind aber auch 4 Personen.

Veronika Krotki: Ich glaube, es ist thematisch ein großer Unterschied und wir würde auch nur antifaschistische und nicht antirassistische Arbeit machen. Für Antifaschismus gibt es dann ja auch mehrere Personen, dann ist diese Verteilung ausgeglichen. Das ermöglicht uns, einen Schwerpunkt zu setzen.

Katharina Schmidt: In unserer Wahlperiode hat sich gezeigt, dass es in beiden Bereichen viel Arbeit gibt; wir waren damals mit der Arbeit überlastet, es gibt ja nicht nur viel Beratungsbedarf, sondern auch viele Projekte. Außerdem begleiten wir Vorgänge in der Universität, wie beispielsweise die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle. Da steckt unglaublich viel Arbeit drin.

Es gibt keine weiteren Vorschläge zur Struktur.

Katharina Schmidt: Kommen wir dann zur Abstimmung über die Struktur. Letztes Jahr hatten wir

dazu eine geheime Wahl. Ich schlage vor, offen zu wählen, da es nur einen Vorschlag gibt und das schneller geht. Ist das für alle okay?

Es gibt keine Gegenrede.

Abstimmung: 15/0/2 - Angenommen.

Personenwahl

Katharina Schmidt: Dann kommen wir jetzt zur Personenwahl. Ich habe einen passenden Stimmzettel vorbereitet, der die aktuelle Struktur abdeckt. Auf diesem Stimmzettel ist auch noch Marie aufgeführt, die eine aussagekräftige Bewerbung hatte und sich für Geschlechterpolitik aufgestellt hat. Wer jemanden anderen als die Vorschläge wählen möchte, kann die freien Tabellenplätze nutzen. Die Bewerbungsunterlagen der jetzt nicht anwesenden Personen findet ihr in der Sitzungsmappe. Wir sollten zur nächsten Sitzung auch die anderen Kandidaten einladen, um die verbleibenden Mandate zu füllen.

GO-Antrag: Leo Peters stellt einen Antrag auf Blockabstimmung für die Referate Internationales, Umwelt und Verkehr, Antirassismus, Campuspolitik und Hochschulpolitik und beantragt der Vertagung der verbleibenden.

Dazu gibt es keine Gegenrede.

Katharina Schmidt: Dann kommen wir nun zur Wahl.

1. Wahlgang

Referat	KandidatIn	Ja	Nein	Enthaltungen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Anja	13	3	1
Geschlechterpolitik	Marie	12	2	2
Antifaschismus	Veronika	11	3	2
Antifaschismus	Kay	12	2	3
Kultur	Michal	15	2	1
Kultur	Ella	14	2	0
Finanzen	Till	15	2	0
KuZe	Laura	12	3	2
Sozialpolitik	Willi	14	2	1

Wahlhelfer: Matthias Wernicke, Sven Köhler

Die nicht Gesamtstimmenzahl bei Marie entstand durch eine ungültige Stimme für ihre Person.

Im ersten Wahlgang wurden Michal, Ella, Till und Willi gewählt.

21:15 Uhr: Florian Rumprecht verlässt die Sitzung.

2. Wahlgang Jetzt zählt die Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Referat	KandidatIn	Ja	Nein	Enthaltungen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Anja	12	3	1
Geschlechterpolitik	Marie	11	2	3
Antifaschismus	Veronika	10	5	1
Antifaschismus	Kay	10	3	3
KuZe	Laura	11	5	0

Wahlhelfer: Matthias Wernicke, Sven Köhler

Im zweiten Wahlgang wurden Anja, Marie, Veronika, Kay und Laura gewählt.

Alle anwesenden Personen nehmen die Wahl an.

Wahl des Vorstands

Katharina Schmidt: Nach Satzung ist der Finanzer automatisch Teil der AStA-Vorstands. Die anderen beiden Mitglieder müssen gewählt werden. Gibt es Kandidaturen?

Anja und Micha kandidieren für die Vorstand.

Wahlhelfer: Matthias Wernicke, Sven Köhler

Vorstand und Stellvertreter werden getrennt gewählt.

1. Wahlgang (Vorsitzender)

Person	Stimmen
Anja	8
Michal	5
Willi	1
Enthaltung	2

Damit ist in diesem Wahlgang keine Person gewählt.

2. Wahlgang (Vorsitzender)

Person	Stimmen
Anja	11
Michal	3
Willi	1
Enthaltung	1

Damit ist Anja zur Vorsitzenden gewählt.

Person	Stimmen
Michal	14
Enthaltungen	2

Wahl des Stellvertreters *Damit ist Michal zum Stellvertreter gewählt.*

Beide Personen nehmen die Wahl an.

TOP 9: Initiativanträge

Vincent Heßelmann: Es liegen neue Initiativanträge vor.

Aufwandsentschädigung der AStA-Referenten

Katharina Schmidt: Möchte der Antragssteller den Antrag kurz vorstellen?

Matthias Wernicke: „Das StuPa möge beschließen: Die Gesamthöhe der Aufwandsentschädigungen für den AStA der Legislatur 17/18 entsprechend §16 der Satzung der Studierendenschaft wird auf 36.000€ festgelegt (dies entspricht 3000 Euro pro Monat). Begründung: Die Höhe entspricht der Höhe der letzten Legislatur. Dies kann aber bei Bedarf auch noch nach der Haushaltsplanung angepasst werden.“ Damit könnte ab Oktober 3000€ Aufwandsentschädigung ausgezahlt werden, wie es in der Satzung steht. Der Betrag kann natürlich individuell aufgeteilt werden. Das müsst ihr auch bei Nachwahlen beachten.

GO-Antrag: Katharina Schmidt beantragt die Behandlung des Initiativantrags.

Es gibt keine Gegenrede.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Abstimmung: 16/0/0 - Angenommen.

Projektvorschuss Improfestival

Katharina Schmidt: Möchte der Antragsteller den Antrag kurz vorstellen?

Matthias Wernicke: „Das StuPa möge beschließen: Bis zum Beschluss einen neuen Haushalts für die Legislatur 17/18 sind die Grenzen der Zwölfregelung nach §31(7) Satzung der Studierendenschaft auf die Einnahmen aus Beiträgen (erste Spalte im Haushaltsplan) zu beziehen. Ausgaben von StuPa und AStA sind entsprechend zu begrenzen. Begründung: Mit dieser Regelung soll sicher gestellt werden, dass im angespannten Haushalt der anstehenden Legislatur (siehe nächster Antrag) vor der eigentlichen Aufstellung des Haushalts nicht so viel Geld ausgegeben wird, dass für den Rest des Jahres die finanzielle Handlungsfähigkeit in Frage gestellt wird.“ Matthias Wernicke: Dabei übernehme ich zudem die Änderung von Sonja:

Ergänze hinter der Klammer „(erste Spalte im Haushaltsplan)“ die Wortgruppe „ohne den Teilhaushalt Semesterticket“.

Matthias Wernicke: Es wird in diesem Haushalt nicht mehr möglich sein, die Rücklagen zu nutzen, da diese aufgebraucht sind. Dieser Antrag soll die Zwölfregelung in der Ordnung konkretisieren, damit klar ist, dass sich dieser Wert nur auf die Einnahmen ohne das Semesterticket und nicht auf die Entnahmen der Rücklagen bezieht. Falls es länger dauert, einen neuen Haushalt aufzustellen, soll damit sichergestellt werden, dass in den ersten Wochen nicht so viel Geld ausgegeben wird, dass der AStA danach nicht mehr handlungsfähig ist.

GO-Antrag: Katharina Schmidt beantragt die Behandlung des Initiativantrags.

Es gibt keine Gegenrede.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

Abstimmung: 15/0/1 - Angenommen.

Planung des Haushaltes für die Legislatur 17/18 und Entwicklung der Beiträge

Matthias Wernicke: Dieser Antrag ist nicht so dringend und kann auch später behandelt werden. Beide Anträge sollten vom neuen AStA diskutiert werden.

Katharina Schmidt: Möchte jemand diesen Antrag heute noch behandeln?

Der Antrag wird nicht behandelt.

Sonstiges

Jan Sohre: Wir bereiten im Finanzreferat zur Zeit den Wechsel der Bank vor. Die Bank legt uns dabei Steine in den Weg, da nach dem §31 (2) der Satzung der Studierendenschaft steht, dass bei Ausgaben ab 1500€ das StuPa zustimmen muss. Die Bank kommt in der Interpretation dieses Paragraphen zu

der Auffassung, dass das bedeutet, dass es ein Überweisungslimit von 1500€ pro Tag. Nun sind unsere regelmäßigen Überweisungen deutlich höher als 1500€ pro Tag - alleine die Überweisung von Löhnen und Gehältern sprengt diesen Rahmen. Ich bereite mich also darauf vor, zur nächsten StuPa-Sitzung einen Antrag zur Änderung dieses Paragraphen zu stellen. Aktuell stimmen wir uns mit der Bank ab, damit festgestellt wird, wie eine Änderung aussehen müsste, damit es rechtssicher wird.

Matthias Wernicke: Ich bitte den AStA darum, sich möglichst bald eine neue Geschäftsordnung zu geben. Des weiteren wäre es gut, wenn der AStA Laura als verantwortlich für das studentische Kulturzentrum laut §7(2) Satzung bestimmt und in den ekze Vorstand entsendet, damit damit auch der ekze-Prozess für die Mitgliederversammlung erfüllt wird. Aktuell bin noch ich die StuPa-Kontaktperson für den ekze.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf.

21:50 Uhr: Sitzungsende.